

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Nordatlantischen Versammlung

I.

Die Nordatlantische Versammlung veranstaltete ihre 27. Jahreskonferenz in der Zeit vom 12. bis 16. Oktober 1981 in München. Sie verabschiedete die in der Anlage beigefügten Empfehlungen und Entschlüsse zu folgenden Themen:

- Information und staatsbürgerliche Erziehung
- Verstärkte Unterstützung der internationalen Freizügigkeit im Forschungsbereich
- Die wirtschaftlichen Aspekte der atlantischen Sicherheit
- Die wirtschaftliche Lage Portugals und erforderliche Hilfeleistungen
- Terrorismus
- Menschenrechte
- Der Schutz ethnischer und kultureller Minderheiten in der UdSSR
- Chemische Waffen
- Die Sicherheitspolitik des Bündnisses
- Die Entwicklungen in Polen
- Afghanistan
- Die Ermordung Präsident Sadats
- Verstärkte Forschung im Hinblick auf die Auswirkungen von Mikrowellenstrahlung
- Nuklearwaffen in Europa

II.

Bundestag und Bundesrat entsandten folgende Delegation:

Abg. Horn (SPD), Leiter der Delegation

Staatsminister Schmidhuber (CSU), Stellvertreter der Leiter

Bundestag:

Mitglieder:

- Abg. Biehle (CDU/CSU)
- Abg. Dr. Geßner (SPD)
- Abg. Dr. Hupka (CDU/CSU)
- Abg. Ibrügger (SPD)

Abg. Dr. Marx (CDU/CSU)

Abg. Möhring (SPD)

Abg. Möllemann (FDP)

Abg. Neumann (Stelle) (SPD)

Abg. Petersen (CDU/CSU)

Stellvertretende Mitglieder:

Abg. Francke (Hamburg) (CDU/CSU)

Abg. Jung (Kandel) (FDP)

Abg. Frau Krone-Appuhn (CDU/CSU)

Abg. Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)

Abg. Dr. Lenz (Bergstraße) (CDU/CSU)

Abg. Männing (SPD)

Abg. Sauer (Salzgitter) (CDU/CSU)

Abg. Schmidt (Würgendorf) (SPD)

Abg. Voigt (Frankfurt) (SPD)

Abg. Dr. von Wartenberg (CDU/CSU)

Bundesrat:

Mitglieder:

Ministerpräsident Dr. h. c. Strauß (Bayern) (CSU)

Senator Fröhlich (Bremen) (SPD)

Senator Pawelczyk (Hamburg) (SPD)

Minister Dr. Möcklinghoff (Niedersachsen) (CDU)

Ministerpräsident Zeyer (Saarland) (CDU)

Minister Dr. Dr. Barschel (Schleswig-Holstein) (CDU)

Stellvertretende Mitglieder:

Frau Minister Griesinger (Baden-Württemberg) (CDU)

Staatsminister Dr. Günther (Hessen) (SPD)

Staatsminister Böckmann (Rheinland-Pfalz) (CDU)

III.

Die Plenartagung wurde am 15. Oktober 1981 im Plenarsaal des Bayerischen Landtages mit Begrüßungsansprachen der Präsidenten des Bayerischen

Landtages und des Deutschen Bundestages, des Bayerischen Ministerpräsidenten, des Präsidenten der Nordatlantischen Versammlung sowie des Staatsministers im Auswärtigen Amt, der in Vertretung des Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland sprach, eröffnet. Der Präsident des Bayerischen Landtages, **Dr. Heubl**, begrüßte die Teilnehmer zugleich im Namen des Präsidenten des Bayerischen Senats. Er ging in seiner Ansprache auf die Geschichte des Freistaates Bayern sowie auf die des bayerischen Parlamentes ein und verwies zugleich auf die besondere Lage des Landes mit einer langen unmittelbaren Grenze zu Staaten des Warschauer Paktes. Er würdigte die Bedeutung der Nordatlantischen Versammlung als Faktor für die Erhaltung des Friedens.

Bundestagspräsident **Stücklen** hieß die Mitglieder der Versammlung auch im Namen des Bundesratspräsidenten in München willkommen, einem der Zentren des kulturellen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik Deutschland. München spiegele die vielfältige Wirklichkeit des freien Teils Deutschlands wieder. Die unweit verlaufende Grenze zwischen Freiheit und Unfreiheit trenne nicht nur die Menschen in Europa, sie mache auch die ständige Bedrohung bewußt, mit der die Länder des Westens schon seit Jahrzehnten konfrontiert seien. Im gleichen Zusammenhang ging Präsident **Stücklen** auf das Nordatlantische Bündnis und das in ihm bestehende Engagement der USA für Europa ein. Die besorgniserregende Aufrüstung der Sowjetunion, insbesondere im Bereich der Mittelstreckenraketen, habe die Bedrohung verstärkt. Es gebe jedoch immer mehr Menschen in Westeuropa — insbesondere junge Leute —, die sich von der Vorstellung leiten ließen, daß Frieden durch einseitige Abrüstung sicherer werde. Das Bündnis müsse gegen solche Bestrebungen nach innen gestärkt werden; es müsse aber auch nach außen das zu Lasten des Westens entstandene Ungleichgewicht durch Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses beseitigt werden. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes bekenne sich zur Freundschaft mit den USA. Präsident **Stücklen** schloß seine Ausführungen mit einer Würdigung der Arbeit der Nordatlantischen Versammlung, deren Ziel die Erhaltung des Friedens und die Stärkung der Zusammenarbeit innerhalb der Allianz sei.

Der Ministerpräsident des Freistaates Bayern, **Dr. h. c. Strauß**, begrüßte die Delegierten namens der Bayerischen Staatsregierung und der bayerischen Bevölkerung. Auch er verwies auf die unmittelbare Grenze seines Landes zu Warschauer Pakt-Staaten, die eine ständige Mahnung zur Wachsamkeit gegenüber der sowjetischen Bedrohung sei. Er meinte, angesichts dieser Bedrohung werde in den 80er Jahren der gefährlichste Abschnitt der Geschichte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erreicht. Der Kreml dürfe jedoch keinen Anlaß erhalten, an der moralischen und materiellen Verteidigungsbereitschaft des Westens zu zweifeln. Das Gebot der westlichen Sicherheitspolitik sei die Verantwortung für den Schutz des Mitmenschen. Die Demokratien der freiheitlichen westlichen Welt brauchten mehr denn je zuvor ein festes und verläss-

liches Bündnis. Die Entscheidung für die NATO sei auch heute eine Entscheidung für die Freiheit. Er wende sich aus tiefer Überzeugung gegen jene Wertneutralität, mit der das Regierungs- und Gesellschaftssystem der demokratischen Staatenwelt und das Machtsystem des Kommunismus als moralisch gleichwertig eingestuft werde. Die Sowjetunion habe beispielsweise eine andere Vorstellung von „Entspannung“. Sie versuche durch einen psychologischen Mißbrauch des Begriffs den atlantischen Westen bis zur Bewegungslosigkeit zu lähmen, den eigenen strategischen Spielraum aber ständig zu vergrößern. Sie habe hinter der Nebelwand der sogenannten Entspannungspolitik durch eine in keinem Verhältnis zu den Notwendigkeiten der Landesverteidigung und zum Leistungsvermögen der sowjetischen Wirtschaft stehende Superrüstung das militärische Gleichgewicht zu ihren Gunsten verschoben. Die Antwort des Westens auf diese sowjetische Herausforderung müsse auch die neue, in ihren vollen Auswirkungen noch nicht übersehbare Schubkraft des Islam berücksichtigen. Das Geschehen in Ägypten zeige, daß der internationale Terrorismus Teil der Bedrohung sei. Der Westen müsse auf die Herausforderung fest und entschlossen reagieren. Wirkliche Entspannung sei nur möglich, wenn sie in gegenseitigem Einverständnis und bei annäherndem militärischem Gleichgewicht vor sich gehe. Sie sei zudem unteilbar. Das Nordatlantische Bündnis werde zu einer überzeugenden, glaubwürdigen und für die Sowjetunion berechenbaren Antwort nur fähig sein, wenn es von vertrauensvoller Partnerschaft, einem festen Willen zur Loyalität und Solidarität im Geiste der Freundschaft und Gegenseitigkeit getragen sei. Die NATO sei mehr als ein Zweckbündnis zur Abwehr äußerer Gefahren und mehr als die Summe der militärischen Potentiale ihrer Mitgliedstaaten. Sie verkörpere den Willen, die Menschenrechte, die politischen Grundrechte und Grundfreiheiten, das Selbstbestimmungsrecht freier Völker gegen jede Bedrohung von außen durch jede Form des Totalitarismus zu verteidigen. Europas Platz sei an der Seite der Vereinigten Staaten. Pazifismuspropaganda habe schon einmal den Totalitarismus in seinem Entschluß gestärkt, Krieg zu führen. Ministerpräsident **Dr. h. c. Strauß** sagte abschließend, er trete mit Entschiedenheit dafür ein, daß der Nachrüstungsbeschluß der NATO ohne Verzögerung ausgeführt werde. Er sei die Voraussetzung für erfolversprechende Abrüstungsverhandlungen zwischen Ost und West.

Der Präsident der Nordatlantischen Versammlung, **Abg. Brooks (USA)**, dankte den Gastgebern auf Seiten der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Bayern dafür, daß die 27. Jahreskonferenz in München durchgeführt werden könne. Das Atlantische Bündnis werde getragen von der Idee der kollektiven Sicherheit. Das bedeute, daß beispielsweise die Sicherheit Münchens die Sicherheit der Allianz überhaupt sei. Zweifellos finde dieses Treffen in einer Periode von größter Bedeutung für die kollektive Sicherheit der Allianz statt. Es gehe um die Erfüllung des NATO-Doppelbeschlusses, über die in mehreren Mitgliedstaaten heftige Debatten geführt würden. Die Antwort müsse in einer sehr sorgfältigen Analyse der Lage liegen, und zwar ausgehend von

der Entwicklung und Stationierung der SS-20-Raketen durch die Sowjetunion; darüber hinaus aber auch von anderen Waffensystemen im Mittelstreckenbereich. Angesichts des sowjetischen Rüstungsprogramms von Gleichgewicht zu sprechen, wie es Breschnew tue, sei unlogisch und nicht geeignet, ernst genommen zu werden. Die Modernisierung der nuklearen Mittelstreckenwaffen werde aufgrund von Konsultationen im Bündnis unternommen. Ernsthafte Verhandlungen seien integraler Bestandteil des Beschlusses gewesen. Präsident Brooks sagte, er begrüße die Ankündigung von Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Obwohl diese Verhandlungen bilateral geführt würden, sei nicht daran zu zweifeln, daß die kollektive Sicherheit des Bündnisses den ersten Rang behalte.

Die Sowjetunion verfolge den strategischen Plan, die Allianz zu teilen. Seit ihrer Invasion in Afghanistan übe die Sowjetunion stärkeren Druck auf die Ölwege des Westens und Japans im Persischen Golf aus. Sie versuche ferner mit einer politischen Kampagne gegen die Neutronenwaffe die Vorstellung von unterschiedlichen Interessen innerhalb der Allianz zu erwecken, die neutralistische und pazifistische Gefühle begünstigten. Die Wirklichkeit dieses Jahrzehnts bestehe darin, mit den Sowjets aus annähernd gleichen Positionen zu verhandeln. Die Kosten und die Risiken einer fortgesetzten Rüstung seien nicht akzeptabel, insbesondere auch nicht für die europäischen Bündnispartner. Die USA und die Bündnispartner müßten, vor allem auch auf dem Gebiet der konventionellen Verteidigungsbereitschaft deutliche Verteidigungsanstrengungen unternehmen. Diese müßten jedoch Hand in Hand gehen mit Verhandlungen über eine Rüstungskontrolle und die Begrenzung der strategischen Waffen. Die Nordatlantische Versammlung sei gegründet worden, um ihren Beitrag zur Erhaltung von Frieden, Sicherheit, Stabilität und wirtschaftlicher wie politischer Gerechtigkeit zu erbringen, dazu leiste die Bundesrepublik Deutschland einen bedeutenden Beitrag.

Staatsminister Dr. Corterier überbrachte die Grüße des erkrankten Bundeskanzlers, der bedauerte, nicht selbst zu der Versammlung sprechen zu können. Er habe ihn beauftragt, hier im Namen der Bundesregierung zu sprechen. Der Staatsminister hob hervor, daß die eigentliche politische Funktion der NATO darin liege, ein Mittel zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Lebensform zu sein. Das Bündnis, das seit 30 Jahren bestünde, suche seinesgleichen in der Geschichte. Es gebe keinen Grund zur Unzufriedenheit oder Resignation. Die Integration habe sich verdichtet; das Bündnis sei auch für neue Mitglieder attraktiv. Die Basis der Verteidigungsfähigkeit habe eine ausgedehnte Vertragspolitik der Bündnispartner mit östlichen Nachbarn ermöglicht. Auf der anderen Seite habe jedoch weder die Invasion der UdSSR in Afghanistan noch ihre Rüstungspolitik verhindert werden können. Der Rüstungswetlauf habe nicht angehalten werden können. Die internationalen Beziehungen seien überdies auch durch die sowjetische Außenpolitik in der Dritten Welt belastet. Mehr denn je gelte heute, daß der Frieden ein oberstes Ziel politischen Han-

delns sein müsse. Der Frieden müsse „geführt“ werden; dies habe das Nordatlantische Bündnis in der Zeit seines Bestehens getan. Kern einer aktiven Friedenspolitik sei ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West auf möglichst niedrigem Niveau. Darüber müsse verhandelt werden. Es gehe um eine vertraglich vereinbarte Rüstungsbegrenzung. Kernstück des sicherheitspolitischen Konzepts der Nordatlantischen Allianz seien seit dem Harmel-Bericht die militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung. Dieses Konzept habe sich bewährt, die Bundesrepublik Deutschland habe entscheidende Beiträge dazu geleistet. Pazifismus und Neutralismus seien keine Sicherheitspolitik. Die gegenwärtige, engagiert geführte sicherheitspolitische Diskussion in den westeuropäischen Ländern werde von den Wirkungen nuklearer Waffensysteme bestimmt. Ängste taugten jedoch nicht als Richtschnur der Politik. Die Diskussion werde auf die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Europa verengt. Die Kritiker des Abschreckungskonzepts hätten nicht begriffen, daß Fähigkeit zur Verteidigung notwendig sei, damit es nicht zur Verteidigung mit Waffengewalt zu kommen brauche. Die NATO könne auf die friedenserhaltende Abschreckung durch Nuklearwaffen nicht verzichten. Der Vorstellung, daß Krieg wieder führbar sei, auch nur mit konventionellen Waffen, müsse entgegenge wirkt werden. Einseitiger Verzicht auf Nuklearwaffen sei nicht zu verantworten. Dem nuklearen Rüstungswetlauf müsse jedoch durch Rüstungskontrollverhandlungen Einhalt geboten werden. Die Bundesrepublik Deutschland stehe zum NATO-Doppelbeschluß. Das Rüstungskontrollangebot der Vereinigten Staaten an die Sowjetunion sei ein sichtbares Signal dafür, daß die politische Solidarität der Allianz über reine Abschreckungs- und Verteidigungsstrategien hinausgehe. Damit ergebe sich zugleich die Chance, zu einer beiderseitigen Null-Lösung zu gelangen, zumal es sich auf westlicher Seite um Waffen handele, die noch gar nicht vorhanden seien. Die Verhandlungen müßten sich allerdings am Ziel der Parität orientieren. Für das Nordatlantische Bündnis gelte, daß es die USA als Führungsmacht brauche, daß aber die USA auch ihre Freunde in Europa brauchten. Antiamerikanische Töne, die es gebe, repräsentierten keine Mehrheiten. Es sei zu bedauern, daß dabei die sowjetische Mittelstreckenausrüstung weitgehend unbeachtet bleibe. Dieses Anliegen von zweierlei Maß sei enttäuschend, ermutige aber die Sowjetunion. Die eingeleiteten Gespräche zwischen den beiden Supermächten über nukleare Mittelstreckenwaffen seien die unumgängliche Fortsetzung der Gespräche über eine Begrenzung der strategischen Waffen. Die gemeinsame Bündnispolitik müsse sich auch in Zukunft vom Grundsatz der Solidarität leiten lassen.

Anschließend stand Staatsminister Dr. Corterier für Fragen zur Verfügung. Fragesteller waren die Abgeordneten Matos da Gama (Portugal), Petersen (Bundesrepublik Deutschland), und Huyghes des Etages (Frankreich).

Abg. da Gama fragte nach Ursprung und Ursachen der Friedensbewegungen und der Wahrscheinlichkeit für ihre Ausbreitung. Er fragte ferner, inwieweit

die politischen Parteien dadurch gehindert sein könnten, eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu formulieren und zu unterstützen, da sie die Meinung der Wähler nicht ignorieren dürften.

Staatsminister **Dr. Corterier** antwortete mit Bezug auf die Demonstration, die kürzlich in Bonn stattgefunden habe, daß vor allem junge Menschen unter zwanzig Jahren daran beteiligt gewesen seien. Ihnen fehle jede Erfahrung mit dem sowjetischen Expansionismus, sie hielten Entspannung und Frieden für dauerhaft, sie seien besorgt über die wachsenden Verteidigungsausgaben und die Kernwaffenentwicklung. Es werde darauf ankommen, ihnen gegenüber die lebenswichtigen Interessen des Bündnisses einschließlich aller Bemühungen um Abrüstung stärker zu verdeutlichen.

Abg. **Petersen** fragte, wie zwischen den moralischen Positionen des Westens und des Ostens unterschieden werden könne, da auf beiden Seiten unter Frieden etwas anderes verstanden werde.

Staatsminister **Dr. Corterier** antwortete, er halte es für notwendig, den Unterschied, den es gebe, insbesondere gegenüber der eigenen Bevölkerung immer wieder deutlich zu machen, damit die Strategie verstanden werde, die auf neue Kernwaffen nicht verzichten könne, obwohl von Frieden gesprochen werde.

Abg. **des Etages** fragte nach den Planungen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Einberufung von Wehrpflichtigen im Hinblick auf die schwachen Geburtsjahrgänge in der Bundesrepublik.

Staatsminister **Dr. Corterier** antwortete, es sei nicht auszuschließen, daß sich angesichts der Bevölkerungsentwicklung eine Verlängerung der Wehrdienstzeit als notwendig erweisen könnte.

IV.

Ansprache des Unterstaatssekretärs für europäische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger

Unterstaatssekretär **Eagleburger** legte in einer Ansprache dar, die Amerikaner beobachteten mit Interesse und Spannung, daß die Westeuropäer zunehmend ihre Aufmerksamkeit auf das komplexe und gefühlsbeladene Problem der Kernwaffen und ihre Dislozierung in Europa richteten. Gerade weil die Verhütung eines Atomkrieges von allergrößter Bedeutung sei, bestünde Besorgnis über die Forderungen aus Europa zur Änderung einer Politik, die den Krieg über 30 Jahre lang verhütet habe. Obwohl sich die Debatte darüber im wesentlichen in Europa abspiele, könnten die Amerikaner nicht abseits stehen. Es gebe Europäer, die forderten, daß der Westen bei der Suche nach Sicherheit heute größeren Nachdruck auf Rüstungskontrolle als auf Verteidigungsprogramme legen sollte. Es gäbe andere, die sich für eine Streichung von Verteidigungsprogrammen wie der Dislozierung nuklearer Mittelstreckensysteme aussprächen, und darüber hinaus sogar solche, die verlangten, daß Europa versuchen müsse, eine weni-

ger gefährliche Zwischenstellung zwischen den beiden Supermächten zu erlangen. Zweifellos gebe es auch andere Leute in Europa, die sich für eine Kontinuität der bisherigen Abschreckungspolitik aussprächen. Immerhin sei unüberhörbar, daß manche die militärische Macht der USA anzweifeln und sich überdies fragten, ob die USA nicht überhaupt den Willen verloren hätten, der Sowjetunion zu widerstehen. Es werde unterstellt, daß sie nur zu leicht bereit seien, einen möglichen Krieg auf Europa zu beschränken. Das Ergebnis sei eine Mischung aus Angst und Wunschdenken: Angst vor der Sowjetunion als einer aggressiven, imperialistischen Macht, die beabsichtige, Europa ihren Willen aufzuzwingen; Wunschdenken, daß Europa durch Demonstrationen des guten Willens ihr gegenüber für sich selbst mehr Sicherheit erlangen könne. Der Unterstaatssekretär verglich im folgenden die Bemühungen des Westens, insbesondere aber der Vereinigten Staaten, während der Periode der Entspannung in den 70er Jahren zu einer Verringerung der Streitkräfte und der realen Militärausgaben zu gelangen, mit der in der gleichen Zeit erfolgten Rüstungspolitik der Sowjetunion. Er schloß daran die Frage, weshalb es zu der von Angst und Wunschdenken geprägten Einstellung in Europa gekommen sei. Dabei betonte er, daß sich die amerikanische Haltung zum Bündnis nicht gewandelt habe. Die Grundlagen des Friedens seien: 1) die Sicherheit des Bündnisses sei unteilbar; 2) die westliche Strategie bestehe darin, auf allen Ebenen vor einem Krieg abzuschrecken; 3) die Lasten des Bündnisses müßten gemeinsam getragen werden; 4) es müsse von einer Basis der Gleichwertigkeit, des Vertrauens und der Stärke aus verhandelt werden; 5) die politische Unabhängigkeit erfordere, ein militärisches Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Die Stationierung modernisierter amerikanischer Nuklearsysteme in Europa sei ein Antwort auf die Besorgnisse der Verbündeten, daß die Sowjetunion sich die Mittel schaffe, Europa mit nuklearen Mittelstreckensystemen (TNF) unter Druck zu setzen oder zu verwüsten, während sie die Vereinigten Staaten mit ihren strategischen Streitkräften in Schach halte. Die Vereinigten Staaten begrüßten zwar die Debatte über TNF, aber die Gegner der Nachrüstung müßten sich der Tatsache stellen, daß die strategische Verbindung, die dazu beigetragen habe, Friede und Stabilität nach Europa zu bringen, einer schweren Belastung unterzogen würde, wenn sie ihren Willen bekämen. Die NATO sei ein strikt defensives Bündnis. Sie habe sich für eine Strategie der flexiblen Antwort entschieden, um vor einer Aggression abzuschrecken. Die nukleare Abschreckung diene dazu, einem Angriff größerer sowjetischer Streitkräfte zu widerstehen, für den die kommerziellen NATO-Streitkräfte unzureichend sein könnten. Es gebe die Behauptung, daß die Vereinigten Staaten ihr Arsenal an Nuklearwaffen in Europa erhöhten, um hier einen Atomkrieg zu führen, während sie sich selbst vor einer nuklearen Katastrophe abschirmten. Es sei jedoch eine Illusion, daß irgend jemand auf nationaler Basis den Risiken dieser gefährlichen Welt entgehen könne. Wenn die Abschreckung versage, könne keiner hoffen, verschont zu bleiben. Die Last der Verteidigung ruhe schwer auf den Schultern aller Mitgliedsländer. Die Verei-

nigten Staaten appellierten an die europäischen Verbündeten, noch größere Anstrengungen zu unternehmen, um die notwendigen Mittel aufzubringen. Die ernsthafte Herausforderung der Sicherheit des Bündnisses in Südwestasien habe dem Prinzip der gemeinsamen Verantwortlichkeiten eine neue Dimension hinzugefügt. Es betehe der Wunsch nach Rüstungskontrolle. Die US-Regierung gehe bei der Begrenzung der strategischen Waffen mit derselben zwingenden Logik vor, die das Bündnis bezüglich der TNF-Systeme anwende. Sie stelle sicher, daß ihre strategischen Programme eine solide Basis dafür abgäben, über ernsthafte Verringerungen verhandeln zu können. Die Sowjetunion habe seit langem die Hoffnung genährt, daß die Vereinigten Staaten erfolgreich von der europäischen Szene verdrängt werden könnten und die militärische Übermacht der Sowjets dann der bestimmende Faktor der europäischen Politik werden könnte. Wenn europäische Regierungen ihre Entscheidungen unter der Bedrohung einer überwältigenden sowjetischen Militärmacht treffen müßten, dann wäre dies in Friedenszeiten lähmend, in einer Krise gefährlich und in einem Konflikt tödlich. Wer wirklich eine nukleare Konfrontation vermeiden wolle, müsse erkennen, daß der einzig vernünftige Kurs darin bestehe, jetzt zu handeln, um der Sowjetunion klarzumachen, daß ihre expansionistische Politik keinen Erfolg haben könne.

V.

Fragestunde mit dem Generalsekretär der NATO, J. M. A. Luns

Fragesteller waren die Abgeordneten da Gama (Portugal), Banks, Ridsdale und Goodhew (Großbritannien), Arentoft (Dänemark), Tanghe (Belgien), Leon (Spanien), Petersen, Biehle, Frau Krone-Appuhn und Möhring (Bundesrepublik Deutschland).

Abg. **Petersen** fragte, ob es der NATO möglich sei, das außerordentlich bedeutsame Dokument des US-Verteidigungsministeriums über die sowjetische Rüstung in verschiedenen Sprachen zu veröffentlichen, und ob es überdies möglich sei, diesen Bericht, der hervorragendes Hintergrundmaterial für Diskussionen in den Mitgliedstaaten biete, um ein Kapitel mit einem Vergleich der Verteidigungsfähigkeit der NATO zu ergänzen.

Generalsekretär **Luns** antwortete, er hoffe, daß die NATO dieses Dokument trotz der schwierigen Haushaltslage mindestens auch ins Deutsche übersetzen lassen könne.

Abg. **Biehle** fragte, wie vermieden werden könnte, daß sich widersprechende Zahlen über die Kernwaffen in Europa veröffentlicht würden, die die Glaubwürdigkeit der Statistiken in Frage stellten. Er fragte ferner, wie der Generalsekretär über die Entscheidung des Ständigen Ausschusses der Versammlung denke, der Türkei künftig nur noch einen Beobachterstatus einzuräumen.

Generalsekretär **Luns** erklärte, daß die Veröffentlichung von Zahlen auf der Basis von Angaben der Mitgliedsländer geschehe. Er erinnerte zugleich dar-

an, daß das Institut für Strategische Studien jährlich die Zahlen für alle Länder und für die NATO publiziere. Was die Türkei angehe, so müsse er sich darauf beschränken, seine persönliche Meinung wiederzugeben, die auf der Erfahrung von zwei Besuchen in dem Land seit September 1980 beruhe. Was auch immer über das Militärregime gesagt werde, es müsse doch zugegeben werden, daß sich die Verhältnisse im Verlauf eines Jahres außerordentlich geändert hätten, z. B. bezogen auf die Zahl der politischen Morde. Zudem habe das Militärregime erklärt, es werde nur solange im Amt bleiben, wie es notwendig sei. Er persönlich sei nicht sicher, ob bei der Entscheidung der Versammlung alle Elemente des Problems ausreichende Berücksichtigung gefunden hätten.

Abg. **Frau Krone-Appuhn** fragte, ob die Verteilung der Lasten innerhalb des Bündnisses nicht erneut und in ernsthaftester Weise zu einem Problem werden könne angesichts der Lasten, die die USA anderswo übernehmen müßten. Sie fragte ferner, ob eine engere Verbindung der NATO mit China denkbar sei.

Generalsekretär **Luns** antwortete, die Bündnispartner hätten darin übereingestimmt, daß sie jeden teilweisen Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa auszugleichen hätten. Er führte ferner aus, es sei unwahrscheinlich, daß der Nordatlantische Rat die erforderliche Einstimmigkeit über ein Bündnis mit China erzielen werde.

Jedoch ließen die verbesserten Beziehungen von einigen der wichtigsten Bündnispartner mit diesem Land es denkbar erscheinen, daß China in den Analysen der westlichen Verteidigung mit in Betracht gezogen werden könnte.

Abg. **Möhring** fragte, welche Absichten gegenwärtig in der NATO in bezug auf die Reservetruppen bestünden.

Generalsekretär **Luns** antwortete, daß die von 1966 bis 1969 erstellten Planungen unveränderte Gültigkeit hätten.

VI.

Allgemeine Aussprache

a) Kulturelle Angelegenheiten

In der Einführung brachte die Vizepräsidentin des Ausschusses für Erziehung, kulturelle Angelegenheiten und Information, Abg. Frau **Madsen** (Dänemark), zum Ausdruck, daß man von der Bedeutung der Arbeit von Radio Free Europe und Radio Liberty Kenntnis genommen habe. Angesichts der fortgesetzten Unterdrückung verließen sich immer mehr Menschen in Osteuropa auf die Informationen, die diese Sender vermittelten. Der Unterausschuß für Freizügigkeit von Informationen und Menschen werde seine Arbeit über diesen Gegenstand fortsetzen.

Der Generalberichterstatter des Ausschusses, Abg. **de Vries** (Niederlande), erklärte, daß der Bericht der Arbeitsgruppe für politische Erziehung in den 15

NATO-Mitgliedstaaten fertiggestellt sei. Unter den jüngeren Menschen sei ein abnehmendes Interesse an der NATO deutlich geworden. Nach Auffassung vieler habe das Bündnis stärker mit militärischen als sonstigen Angelegenheiten zu tun. Der Bericht schlage daher dringend konkrete Gegenmaßnahmen vor. Der Ausschuß habe sich auch mit der Lage der jüdischen Minderheit in der Sowjetunion befaßt; 1982 sollten die Rechte anderer Minderheiten behandelt werden. Auch das Problem des Terrorismus spiele nach wie vor eine bedeutende Rolle als Untersuchungsgegenstand. Weiterhin habe sich gezeigt, daß auf dem Gebiet der kulturellen Zusammenarbeit Verhandlungen zwischen Ost und West manchmal leichter möglich seien. Gerade hier sei man sich auf westlicher Seite des gemeinsamen Erbes von Europa und Amerika bewußt.

Abg. **Petersen** führte aus, daß der tatsächliche Kampf zwischen Ost und West auf dem Gebiet der Ideen stattfinde. Die westliche Konzeption von Freiheit unterscheide sich grundlegend von der kommunistischen. Nach sowjetischer Auffassung sei ein dauerhafter Friede nur möglich, wenn alle Formen des Kapitalismus beseitigt würden. Er selbst habe bei einer Begegnung mit sowjetischen Gesprächspartnern, die den Westen besuchten, hervorgehoben, welches die unverzichtbaren Bestandteile der westlichen Gesellschaftsordnung seien: das Recht der Freizügigkeit des einzelnen, das Organisations- und Streikrecht der Arbeitnehmer und das Recht einer freien Presse, sich uneingeschränkt gegenüber der Regierung zu deren Handlungen zu äußern, wann immer sie dies für notwendig halte. Er habe dies am Beispiel der deutschen Presse deutlich gemacht und hoffe, daß dies auf lange Sicht gesehen auch die östlichen Völker von der Notwendigkeit dieser Art der Freiheit überzeugen werde.

b) Militärische Fragen

Der Vorsitzende des Militärausschusses, Abg. Sir Patrick **Wall** (Großbritannien), erläuterte, daß in dem vorgelegten Bericht dargestellt werde, in welcher Weise sich das Gleichgewicht der Kräfte zuungunsten der NATO verschoben habe. Der Ausschuß habe die Politik der Vereinigten Staaten zur Stärkung ihrer Streitkräfte begrüßt, sich aber auch mit den Schwierigkeiten auseinandergesetzt, die innerhalb europäischer Länder angesichts der einseitig ausgerichteten Friedensbewegungen entstanden seien. Der Bericht des Unterausschusses für Verteidigungszusammenarbeit verdeutliche die Schwäche des Westens im Vergleich mit der zunehmenden Fähigkeit des Warschauer Paktes zur Unterseebootbekämpfung. Der Bericht des Unterausschusses über Truppenstärke und Personal werde fertiggestellt, sobald auch über die Reservetruppen beraten sei.

Abg. **Francke** schloß sich ausdrücklich den Ausführungen des Berichts im Hinblick auf die sowjetische Invasion in Afghanistan an. Das Hauptproblem sei gegenwärtig die Identitätskrise in der NATO. Es sei insbesondere der Jugend nicht klar, auf welcher Grundlage das Bündnis entstanden sei. Den jungen Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland oder anderswo demonstrierten, müsse volle Beach-

tung geschenkt werden. Sie seien nicht etwa Kommunisten, sondern Idealisten, die die Realitäten der Gegenwart nicht beachteten. Ohne daß die Demonstrationen in ihrer Bedeutung heruntergespielt werden sollten, sei es doch erforderlich, den historischen Hintergrund des Bündnisses und die Tatsache, daß es keine Zukunft für die westlichen Staaten außerhalb der NATO gebe, zu vermitteln. Hier lägen Versäumnisse derjenigen, die Verantwortung trügen. Menschen, von denen Opfer verlangt würden, müßten wissen, warum. Die NATO habe eine weitgesteckte Informationsaufgabe, um jedermann die wirklichen Verhältnisse zu zeigen sowie der Propaganda der Warschauer Pakt-Staaten entgegenzuwirken und insbesondere ihren Einfluß auf die Friedensbewegungen zu mindern. Darauf sollten Ausbildungsprogramme im Bündnis ausgerichtet werden. Das Vertrauen der Jugend müsse wiedergewonnen werden.

Abg. **Horn** dankte Sir Patrick Wall für seine Arbeit als Vorsitzender des Militärausschusses in den vergangenen vier Jahren. Er führte aus, daß der Ausschuß ausführlich über die Friedensbewegung diskutiert habe. Man sei der Auffassung gewesen, daß die nationalen Parlamente deren Zielen nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Mit den Friedensbewegungen sei deshalb nicht leicht umzugehen, weil sie nicht eine wirkliche Politik verträten. Was sie wünschten, sei gleichbedeutend mit einer einseitigen Verringerung der westlichen Rüstung auf das niedrigste Niveau. Die deutsche Delegation unterstütze deshalb den NATO-Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen. Die NATO habe hervorragende Argumente gegenüber der Sowjetunion, aber davon müsse die öffentliche Meinung in den westlichen Ländern noch überzeugt werden. Hierin liege eine Aufgabe der NATO-Parlamentarier.

Abg. **Biehle** stimmte mit seinen Vorrednern darin überein, daß die Friedensbewegungen nicht unbeachtet gelassen werden sollten. Es müsse jedoch klargestellt werden, daß die NATO die größte Friedenskraft sei, die im Westen existiere. Es reiche nicht aus, die Entwicklung der Raketen in jedem Lager zu zählen, um die Bedrohung des Friedens deutlich zu machen. Die jungen Menschen müßten davon überzeugt werden, daß die grundlegenden Werte der westlichen Welt verteidigungswert seien. Die politischen Ereignisse, die sich täglich im Bereich des Warschauer Paktes zutrügen, müßten ihnen in aller Deutlichkeit beschrieben werden. Es müsse ihnen klargemacht werden, daß die Flüchtlinge aus den Ländern Osteuropas höchste Risiken auf sich nehmen, um von dort zu entkommen. Daher sei unverzüglich eine Kampagne erforderlich, in der die westliche Gesellschaftsordnung und die Absicherung des einzelnen durch geltendes Recht hervorgehoben würden.

c) Politische Angelegenheiten

Der Generalberichterstatter des Politischen Ausschusses, Abg. **Marks** (Großbritannien), erläuterte die Themen der Beratungen des Ausschusses: Die Instabilität der Ost-West-Beziehungen und die Herausforderungen an die westliche Sicherheit durch

die Lage in Südwestasien. Ebenso sei die Lage in der Türkei erörtert worden. Obwohl dieses Land Mitglied der NATO bleibe, erregten die Schwierigkeiten, die schon im vergangenen Jahr bestanden hätten, einschließlich der Verletzung der Menschenrechte, größte Besorgnis. Der Ausschuß erwarte die Wiederherstellung der Demokratie einschließlich der Zulassung freier Gewerkschaften, der Pressefreiheit und der Zulassung früherer Mitglieder des türkischen Parlaments zum politischen Leben. Der Ausschuß habe zur Kenntnis genommen, daß von türkischer Seite angekündigt worden sei, daß auch Angehörige politischer Parteien zur Verfassunggebenden Versammlung zugelassen würden, wenngleich die Mitglieder des früheren Parlaments davon ausgeschlossen blieben. Abg. Marks gab ferner Erläuterungen zu den vorgelegten Beschlußtexten. In dem ersten würden die Mitgliedsländer aufgefordert, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen fortzusetzen, um dem Land bei der Überwindung seiner Schwierigkeiten zu helfen. In dem zweiten werde das Recht auf Souveränität und Selbstbestimmung des afghanischen Volkes hervorgehoben. Im Zusammenhang mit der Entschließung zum tragischen Tod des ägyptischen Staatspräsidenten, Anwar el Sadat, sei von seiten der Delegation der Vereinigten Staaten vorgeschlagen worden, den Halbsatz „... in Übereinstimmung mit den Übereinkommen von Camp David und der einmütigen Erklärung der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten von Venedig“ durch eine allgemeinere Formulierung zu ersetzen. Er könne die dafür vorgebrachten Gründe verstehen, spreche sich aber dafür aus, die ursprüngliche Formulierung beizubehalten.

Abg. Möllemann erachtete es als notwendig, daß die Versammlung deutlich mache, daß die Mitgliedsländer ein Verbleiben der sowjetischen Truppen in Afghanistan nicht hinnehmen könnten. Sie dürften sich an den bestehenden Zustand keinesfalls gewöhnen und sollten ihren Druck gegenüber der Sowjetunion beibehalten, damit sie ihre Haltung ändere. Auch müsse alles getan werden, um dieses Problem im Bewußtsein der Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten wachzuhalten. Nach der Ermordung von Präsident Sadat bereite die Lage im Nahen Osten besondere Sorge. Sie werde höchstwahrscheinlich das Schlüsselproblem für die Sicherheit in der Welt in diesem ganzen Jahrzehnt bleiben. Den Ländern am Persischen Golf, die ein sowjetisches Eingreifen fürchteten, müsse zugesichert werden, daß die Mitglieder des Bündnisses sich nicht nur darauf beschränkten, wirtschaftliche Beziehungen zu ihnen zu unterhalten, sondern daß sie sich auch mit den notwendigen Mitteln zum Schutz ihrer Sicherheit und Unabhängigkeit unterstützten.

d) Wissenschaftliche und technische Angelegenheiten

In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß der Bericht über die Weltraumfähre und die durch sie ermöglichte Arbeit im Weltraum von außerordentlicher Bedeutung für die NATO sei. In diesem Zusammenhang wurde daran erinnert, daß der von 70 Ländern unterzeichnete Weltraumvertrag die Verbringung von Kernwaffen in den Weltraum ausdrücklich

untersage. Es wurde jedoch die Erwartung ausgesprochen, daß es zu einem weiteren Vertrag kommen werde, der auch den Einsatz von konventionellen Waffen im Weltraum unterbinde. Über Gefahren, die von einer Mikrowellenstrahlung ausgehen könnten, herrschte in der Diskussion keine Übereinstimmung, deshalb wurde ein umfassendes Forschungsprogramm befürwortet. Darüber hinaus sprach man sich für eine möglichst weite Verbreitung des Berichts über alternative Energien aus, da er geeignet sei, insbesondere auch die Kernkraftgegner über die tatsächliche Problematik zu unterrichten.

e) Wirtschaftliche Angelegenheiten

Die Aussprache war von dem Bewußtsein getragen, daß es Schwierigkeiten und Spannungen innerhalb des Bündnisses gebe, die insbesondere durch die neue Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten hervorgerufen worden seien. Dabei wurde jedoch nicht in Frage gestellt, daß, falls sie erfolgreich wäre, dies auch positive Rückwirkungen auf Europa hätte. Es wurde ferner deutlich, daß unterschiedliche Auffassungen zum Nord-Süd-Dialog bestehen. Im Hinblick auf die politischen und wirtschaftlichen Einflüsse, die das Ost-West-Verhältnis bestimmten, sei es bedeutsam, daß eine gemeinsame Politik in bezug auf den Handel mit der Sowjetunion und den übrigen Ostblock-Staaten beibehalten werde. Auf dem Energiesektor wurde die Bedeutung der Entwicklung von alternativen Energien betont. Man war sich darüber einig, daß es einige Mitgliedsländer gebe, die weniger entwickelt seien als andere und daß deshalb Hilfsmaßnahmen für sie erforderlich seien. Dazu gehöre Portugal. Es wurde ferner nicht ausgeschlossen, daß es auf dem Gebiet des Seerechts zu Spannungen kommen werde, wenn es nicht bald gelinge, ein Übereinkommen zu schließen.

f) Kernwaffen in Europa und die Abschreckung in den achtziger Jahren

Der Mitberichterstatler des Sonderausschusses, Abg. Cartwright (Großbritannien), erklärte, der Zwischenbericht sei vor dem Hintergrund eines bedeutenden Widerstandes in der Öffentlichkeit gegen den NATO-Doppelbeschluß entstanden. Charakteristisch dafür seien nicht die politischen Bindungen der Demonstrierenden, sondern die Auffassung, daß Krieg mehr zu fürchten sei als die Sowjetunion. Der Ausschuß habe sich für die Erfüllung des Doppelbeschlusses in seinen beiden Teilen ausgesprochen, um eine starke Verhandlungsposition gegenüber der Sowjetunion sicherzustellen. Der Bericht weise darauf hin, daß es einige widersprüchliche Aspekte der Doppelbeschluß-Politik gebe, ob nämlich die Entscheidung nur als eine quantitative und qualitative Antwort auf die SS-20 zu werten sei oder ob sie notwendig sei, um die Politik der flexiblen Antwort zu erhalten. Angesichts der Tatsache, daß es innerhalb der Mitgliedsländer verschiedene Auffassungen über die Notwendigkeit der Entwicklung von Mittelstreckenraketen gebe, müsse darauf geachtet werden, daß das Bündnis nicht durch die Propaganda der Sowjetunion geteilt werde.

Ministerpräsident **Dr. h. c. Strauß** erinnerte daran, daß es seit über zwanzig Jahren auf der Grundlage des NATO-Beschlusses von 1957 auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland gelagerte nukleare Sprengköpfe gebe. Diese Tatsache habe geholfen, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern. Es gebe daher heute nicht ein absolut neues Problem. Neu sei nur die Einführung von Trägerwaffen, mit denen auch sowjetisches Territorium erreicht werden könnte. Auch 1957 sei es zu einer Friedenskampagne gegen die damalige Entscheidung gekommen. Es gebe also eine gewisse Parallele zu heute, nur sei die Kampagne jetzt perfekter, sie habe eine größere gesellschaftliche Breite und Tiefe erhalten. Gekennzeichnet sei die Bewegung dadurch, daß sie nicht bestehende, sondern geplante amerikanische Mittelstreckenraketen als ungeheure Gefahr darstelle, demgegenüber aber die 270 zur Zeit bereits stationierten sowjetischen SS-20-Raketen, die in der Hauptsache gegen Europa gerichtet seien, ignoriere. Der entscheidende Unterschied zu 1957 sei zudem, daß eine neue Generation herangewachsen sei, die nicht mehr über eine ausreichende Kenntnis der geschichtlichen und politischen Zusammenhänge verfüge. Es sei eine gefährliche Verschiebung der Wertordnung zu beobachten, die den Schutz durch die USA und die Bedrohung durch die Sowjetunion nivelliere. Die Rüstungspolitik der Sowjetunion habe in den 70er Jahren ein unvergleichliches militärisches Druck- und Drohpotential geschaffen. Die stationierten SS-20-Raketen dienten vor allem der Einschüchterung der Europäer, um sie militärisch und politisch handlungsunfähig zu machen. Der Begriff der Entspannung, der an sich ein vernünftiger politischer Grundsatz sei, sei damit unterlaufen worden. Dies erfordere eine angemessene Reaktion des Westens. Wer die Nachrüstung aufschiebe, solange Verhandlungen liefen, lege das Gesetz des strategischen Handelns endgültig in die Hand der Sowjetunion. Vor allem die jungen Menschen müßten wissen, daß jeder Rückzug vor dem sowjetischen Machtwillen nicht den Frieden bringe, sondern die Kriegsgefahr steigere.

Senator **Pawelczyk** widmete seine Ausführungen insbesondere den Demonstrationen in der Bundesrepublik Deutschland. Bei ihrer Einschätzung dürfe nicht übersehen werden, daß die Bürger in der Demokratie das Recht hätten, ihre Meinung frei zu äußern, und dieses Grundrecht nutzten. Wie Außenminister Haig in seiner Rede in Berlin eingeräumt habe, sei es zu anderen Zeiten auch in den USA zu ähnlichen Demonstrationen gekommen. Demonstranten von heute seien nicht unbedingt Kommunisten, wenn auch von kommunistischer Seite versucht werde, sie zu manipulieren. Statt sie und ihr Tun zu verurteilen, sollten den Demonstranten klarer die Gründe für die Entscheidungen des Bündnisses genannt werden, dessen Sicherheitspolitik auf vernünftigen Grundsätzen basiere. Es sei ein Trugschluß, daß sie an Fragen der Sicherheit nicht interessiert seien. Es gehe jetzt darum, sie davon zu überzeugen, daß es das einzige Ziel des Atlantischen Bündnisses sei, den Frieden zu bewahren, indem zugleich der Weg für eine Verringerung der Kernwaffen offen gehalten werde. Der NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 sei in dieser Hinsicht

sehr bedeutsam. Die NATO habe mit ihm Übereinstimmung darüber erzielt, keine neuen Kernwaffen in Europa einzuführen, wenn die UdSSR die Zahl ihrer Waffen verringere. Im Interesse des Friedens sei das Bündnis entschlossen, weitere Waffen aufzugeben und sogar geplante Waffen in die Verhandlungen einzubeziehen, wenn die Sowjetunion ihr Wort hielte. Die Bündnispartner hätten der UdSSR Angebote unterbreitet, die nicht akzeptiert worden seien. Es sei klar, wenn die Sowjets ihre gegenwärtige Überlegenheit nicht einschränkten, müsse das Bündnis seine Waffen entwickeln, da es weder Erpressung noch Bedrohung hinnehmen könnte. Dies seien die Möglichkeiten, die auch genau verstanden würden, sofern sie genau erklärt würden. Moskau dürfe keine Gelegenheit erhalten, mit den Absichten des Bündnisses zu spekulieren. Innerhalb der SPD, die zu der NATO-Entscheidung beigetragen habe und Regierungsverantwortung in der Bundesrepublik Deutschland trage, habe es seit 1978 in dieser Frage lebhaft Auseinandersetzungen gegeben. Der zweite Teil des Doppelbeschlusses, der die Rüstungskontrolle betreffe, sei in der Öffentlichkeit nicht in ausreichendem Maße erläutert worden und habe oft nur als zusätzliches taktisches Element gegolten. Er sei deshalb nicht ernstgenommen worden und Moskau habe propagandistisch den Anschein hervorgerufen, als fehle ihm die Glaubwürdigkeit. Deshalb sei es zu den heftigen Reaktionen der jungen Menschen gekommen. Er wiederhole deshalb, der zweite Teil des Doppelbeschlusses müsse besser erläutert werden.

VIII.

Neuwahl des Präsidiums der Versammlung

Das Präsidium für das Jahr 1982 wurde einstimmig in folgender Besetzung gewählt:

Abg. Brooks (USA), Präsident

Abg. Gontikas (Griechenland), Wall (Großbritannien), Horn (Bundesrepublik Deutschland), Vizepräsidenten

Abg. Laucournet (Frankreich), Schatzmeister

Die Ausschüsse der Versammlung werden vom 28. bis 31. März 1982 auf Madeira tagen; die nächste Jahreskonferenz wird vom 14. bis 19. November 1982 in London stattfinden.

Schmidhuber

Horn

Stellvertretender Leiter Leiter der Delegation
der Delegation

Empfehlung 76

über Information und staatsbürgerliche Erziehung

Die Versammlung

erinnert daran, daß Art. 2 des Nordatlantik-Vertrages den Willen der Mitgliedsländer zum Ausdruck bringt, ein besseres Verständnis der Prinzi-

prien sicherzustellen, auf die sich die westliche Solidarität gründet, und auf die Stärkung dieser Solidarität hinzuwirken;

bemerkt in den Bündnisländern eine zunehmende Fehleinschätzung unseres gemeinsamen Erbes und der internationalen politischen Realitäten sowie einen beunruhigenden Mangel an Verständnis für europäische Entwicklungen und Mentalität auf Seiten Nordamerikas, was in gleichem Maße auch für Europa hinsichtlich Nordamerikas gilt;

stellt besorgt die Gleichgültigkeit fest, mit der man in Westeuropa auf die Entwicklung einer pazifistischen und neutralistischen Bewegung reagiert, die das abnehmende Interesse an einer gemeinsamen westlichen Verteidigungspolitik widerspiegelt;

ist von der Notwendigkeit überzeugt, den künftigen Bürgern der Bündnisländer die Möglichkeit einer vollständigen und ausgewogenen staatsbürgerlichen Bildung zu geben;

empfiehlt dem Nordatlantikrat:

1. die Aufmerksamkeit der Mitgliedsländer auf die gegenwärtigen Unzulänglichkeiten der intellektuellen und moralischen Verteidigung der westlichen Welt sowie auf die Notwendigkeit einer Wiederbelebung der kulturellen Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses zu lenken und sie gleichzeitig aufzufordern, ihre Informations- und Erziehungsprogramme dahin gehend zu überprüfen, daß sie gemeinsame Elemente in diese Programme aufnehmen;
2. die Forschungstätigkeit zu entwickeln sowie Stipendien im Bereich der Erziehung zu vergeben und eine dynamische Politik zur Sensibilisierung der öffentlichen Meinung in bezug auf den Ernst der Herausforderungen, mit denen die freiheitlichen Gesellschaften konfrontiert werden;
3. in enger Zusammenarbeit mit der Versammlung und den anderen zuständigen atlantischen Organisationen Konsultationen über die Fragen der Information und Erziehung durchzuführen und den Ausschuß der NATO für Information und kulturelle Beziehungen aufzufordern, seine Aktivitäten im Bereich der Erziehung weiterzuentwickeln.

Empfehlung 77

über verstärkte Unterstützung der internationalen Freizügigkeit im Forschungsbereich

Die Versammlung

begrüßt die Bemühungen des Wissenschaftsausschusses der NATO im Hinblick auf

- die Förderung der wissenschaftlichen Entwicklung durch Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit zwischen Forschungslaboratorien in den Mitgliedstaaten und der Verbreitung neuester Erkenntnisse;

- die Vertiefung der persönlichen, kulturellen und beruflichen Kontakte zwischen Wissenschaftlern über die Grenzen hinweg;

vermerkt, daß die für die achtziger Jahre angekündigten raschen und tiefgreifenden Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich das Erfordernis erhöhen werden, die wissenschaftliche Forschung und ihre technologischen Anwendungen dynamisch und kreativ weiterzuentwickeln;

vertritt die Ansicht, daß es unbedingt erforderlich ist, daß die Forschung in allen Mitgliedstaaten so organisiert sein sollte, daß eine integrierte Arbeitsweise aller Forschungsbereiche möglich ist, die eine engere Zusammenarbeit zwischen den Universitätslaboratorien, der Industrie und der Regierung nach sich zieht;

empfiehlt dem Nordatlantikrat seine bereits erfolgreiche Arbeit zugunsten der Freizügigkeit von Forschungsprogrammen zu erweitern, um den besonderen Erfordernissen einer internationalen Zusammenarbeit der Forschungseinrichtungen von Regierung und Industrie, die beide enger mit den Universitäten zusammenarbeiten sollten, Rechnung zu tragen.

EntschlieÙung 109

über die wirtschaftlichen Aspekte der atlantischen Sicherheit

Die Versammlung

ist besorgt über die anhaltenden ernsten Wirtschaftsprobleme in allen Mitgliedsländern des Bündnisses, insbesondere über die zunehmende Arbeitslosigkeit und die steigenden Inflationsraten;

betont, daß die gegenwärtige internationale Lage auf dem Energiesektor die rasche Erholung unserer nationalen Volkswirtschaften behindert;

bemerkt, daß die in den verschiedenen Bündnisländern eingeleiteten wirtschaftspolitischen Maßnahmen sich erheblich voneinander unterscheiden;

ist sich bewußt, daß der Westen selbst in Zeiten ernster wirtschaftlicher Probleme weiterhin die Pflicht hat, die Entwicklungsländer zu unterstützen;

ist davon überzeugt, daß auch in Zeiten politischer Spannungen die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West je nach dem Grad der Spannungen auf einer angemessenen Ebene aufrechterhalten werden sollten;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. die Bemühungen um Zusammenarbeit zu intensivieren, so wie es in Artikel 2 des Nordatlantikvertrages vereinbart wurde. Dort heißt es:

Die NATO-Länder „werden bestrebt sein, Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik zu beseitigen und die wirtschaftliche Zusammen-

arbeit zwischen einzelnen oder allen Parteien zu fördern“.

2. die Politik der Energieeinsparung fortzusetzen, eine rationellere Nutzung der Ressourcen zu fördern, den verschwenderischen Energieverbrauch zu beenden, alternative Energiequellen zu erschließen, um eine größere wirtschaftliche Unabhängigkeit zu ermöglichen, und die nationalen Volkswirtschaften vor den Auswirkungen der Ölpreissteigerungen zu bewahren;
3. eine neue globale Konzeption des Nord-Süd-Dialogs mit dem Ziel zu unterstützen, die Situation der Entwicklungsländer im Geiste der Zusammenarbeit, Gerechtigkeit und des beiderseitigen Nutzens zu verbessern;
4. die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West aufrechtzuerhalten und zu fördern als einen Anreiz zur Verbesserung des politischen Klimas zwischen Ost und West;
5. sich zu bemühen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden und dabei das hohe Maß an Interdependenz und die bestehenden gemeinsamen Interessen voll zu berücksichtigen sowie den Auswirkungen ihrer Maßnahmen auf andere Länder und das Bündnis insgesamt Rechnung zu tragen;
6. eine engere Zusammenarbeit bei der Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Produktion neuer Waffensysteme sowie den Austausch und Transfer hochentwickelter Verteidigungstechnologie zu fördern; die Standardisierung voranzutreiben und auf eine größere Ausgewogenheit der Rüstungskäufe hinzuwirken, um dem immer rascheren Anstieg der Preise zu begegnen und einen Beitrag zur Lösung der gegenwärtigen Zahlungsbilanzprobleme der Bündnispartner zu leisten;
7. sich mit allen Mitteln für erfolgreiche Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen einzusetzen, um die Verteidigungsausgaben einzudämmen und so eine ausgewogenere und angemessenere Verteilung der finanziellen Mittel zu ermöglichen.

EntschlieBung 110

über die wirtschaftliche Lage Portugals und erforderliche Hilfeleistungen

Die Versammlung

stellt fest, daß das während der 25. Jahrestagung in Ottawa erteilte Mandat erfüllt worden ist und dankt der Arbeitsgruppe „Portugal“ für ihren Abschlußbericht über „Die wirtschaftliche Lage Portugals und erforderliche Hilfeleistungen“, der vom Wirtschaftsausschuß anläßlich seiner Sitzung in Venedig am 23. Mai 1981 gebilligt wurde;

verweist auf die wichtige Stellung und Rolle Portugals innerhalb des Bündnisses und ist sich der Tatsache bewußt, daß die Wiederbelebung der portugiesischen Wirtschaft durch die weltweiten Wirt-

schaftsprobleme besonders beeinträchtigt wird, und betont, daß ein gesundes Wirtschaftssystem und enge Beziehungen zu den übrigen Bündnisländern wesentliche Voraussetzungen für politische Stabilität, fortgesetzte Verteidigungsanstrengungen und wirtschaftlichen Fortschritt sind;

bringt ihre Anerkennung für die Anstrengungen zum Ausdruck, die Portugal unternommen hat, um seine Beziehungen zu den übrigen Ländern Westeuropas zu verstärken, und bekräftigt die EntschlieBung über Wirtschaftshilfe für Portugal, die anläßlich der 26. Jahrestagung in Brüssel angenommen wurde;

beschließt, die Verwirklichung dieser Schlußfolgerungen mit allen erforderlichen Mitteln ständig zu verfolgen;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. alle Anstrengungen zu verstärken, die darauf abzielen, das Gefälle zu verringern, das noch immer zwischen den reichen und armen Ländern des Bündnisses besteht;
2. Portugal in seiner Absicht zu unterstützen, sobald wie möglich und unter angemessenen Bedingungen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden;
3. ein Netz technischer Hilfsleistungen zu schaffen, besonders auf den Gebieten der beruflichen Bildung und der Verwaltungsreform;
4. in stärkerem Maße die Möglichkeiten zu nutzen, die durch die portugiesische Rüstungsindustrie und durch andere Industriezweige mit ausreichenden Kapazitäten geboten sind;
5. die bi- und multilaterale Finanzhilfe fortzusetzen;
6. die Aufmerksamkeit auf die Verbesserung der portugiesischen Produktionssysteme durch eine gründliche technologische Modernisierung, insbesondere auf dem Sektor der Nahrungsmittelerzeugung und damit verbundener Industrien, zu lenken;
7. weiterhin Informationen über die Entwicklung Portugals zu sammeln und dem Land die erforderliche Unterstützung zu gewähren, damit das wirtschaftliche Gefälle zwischen Portugal und den übrigen Mitgliedstaaten der NATO und der EG verringert werden kann.

EntschlieBung 111

über den Terrorismus

Die Versammlung

beobachtet mit Besorgnis die ständige Zunahme krimineller Gewaltakte und internationaler Terrorakte in mehreren Mitgliedstaaten;

stellt fest, daß diese Verbrechen eine schwere und nicht zu unterschätzende Bedrohung der Glaubwür-

digkeit der demokratischen Institutionen und des Friedens in der Welt darstellen;

ist der Ansicht, daß die bekanntgewordenen Verbindungen zwischen den verschiedenen Terroristengruppen auf internationaler Ebene sowie die passive oder aktive Hilfe, die diese Gruppen von bestimmten Staaten erhalten, eine koordinierte Reaktion von seiten der Länder des Atlantischen Bündnisses erfordern;

ist der Ansicht, daß keine demokratische Gesellschaft der gewalttätigen Erpressung, die das Leben ihrer Bürger oder ihrer Diplomaten gefährdet, nachgeben oder sie tolerieren darf;

ist sich bewußt, daß wirksame Gegenmaßnahmen im Rahmen der Werte und Rechte, deren Garant das Atlantische Bündnis ist, erfolgen müssen;

fordert die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. die Mechanismen für Konsultation und Zusammenarbeit zu verstärken und voll zu nutzen, die dazu bestimmt sind, den Informationsaustausch und den Kampf gegen terroristische Drohungen zu erleichtern;
2. ein lückenloses System der internationalen Überwachung durch Harmonisierung der Gesetzgebungen und Ausweitung der gegenseitigen Rechtshilfe einzurichten;
3. sicherzustellen, daß die bestehenden internationalen Abkommen wirksam angewandt werden;
4. gemeinsame diplomatische Maßnahmen gegen Staaten zu ergreifen, die den internationalen Terrorismus unterstützen;
5. nach geeigneten Mitteln zur Beseitigung der sozio-kulturellen Faktoren zu suchen, die dafür verantwortlich sind, daß terroristische Aktionen einen Reiz auf Randgruppen der westlichen Jugend ausüben.

Entschlieung 112

ber Menschenrechte

Die Versammlung

vertritt die Ansicht, daß die Unterzeichnung der Schlußakte der KSZE in Helsinki einen bedeutenden Schritt in Richtung auf den Schutz der Menschenrechte in der Welt darstellt;

erinnert daran, daß die Schlußakte für die Signatarstaaten eine förmliche Verpflichtung ist, ihren Bürgern die grundlegenden Menschenrechte sowie die Möglichkeit zu garantieren, bei der Verwirklichung dieser Rechte eine aktive Rolle zu spielen;

stellt fest, daß die Verwirklichung der Menschenrechtsbestimmungen der Schlußakte äußerst langsam voranging und -geht;

vertritt die Ansicht, daß die einheitliche Haltung und Entschlossenheit, mit der die Mitgliedstaaten

des Atlantischen Bündnisses bei den KSZE-Verhandlungen in Madrid aufgetreten sind, ein ermutigendes Zeichen sind;

vertritt die Ansicht, daß für die Sowjetunion und die meisten der mittel- und osteuropäischen Volkdemokratien die Bestimmungen von Korb III der Schlußakte reine Absichtserklärungen ohne konkrete Folgen geblieben sind;

vertritt die Ansicht, daß eben diese Länder in den vergangenen beiden Monaten in großem Umfang repressive Maßnahmen gegenüber Dissidenten ergriffen und damit die Menschenrechtsbestimmungen der Schlußakte, insbesondere Prinzip VII, mißachtet haben;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. auf der Madrider Konferenz ihren Protest gegen diese Verletzungen nachdrücklich zu wiederholen;
2. darauf zu bestehen, daß die Personen, die wegen ihrer Aktivitäten zugunsten der Verwirklichung der Menschenrechtsbestimmungen der Schlußakte von Helsinki festgenommen oder verurteilt wurden, sofort freigelassen werden;
3. auf die Aufstellung spezifischer Zeitpläne und Programme zur Erfüllung der verschiedenen Bestimmungen von Korb III hinzuwirken;
4. die Gründung und Aktivitäten von Gruppen, die die Erfüllung der Schlußakte von Helsinki überwachen, öffentlich zu unterstützen;
5. neben den bereits in Kanada und den Vereinigten Staaten bestehenden Gruppen besondere Kommissionen zu bilden, die die Anwendung der Menschenrechtsbestimmungen der Schlußakte in Ost und West, auch in ihren eigenen Ländern, überwachen.

Entschlieung 113

ber den Schutz ethnischer und kultureller Minderheiten in der UdSSR

Die Versammlung

stellt mit Besorgnis eine Verschärfung der Politik der Diskriminierung und Russifizierung fest, die die UdSSR unter dem Vorwand der Integration gegenüber nationalen und ethnischen Minderheiten praktiziert;

erinnert daran, daß den nationalen Gruppen und ethnischen Minoritäten in der UdSSR die Gleichberechtigung und das Recht auf Selbstbestimmung verweigert wird;

unterstreicht, daß das Recht auf Auswanderung — auch wenn es sich nur um einen befristeten Zeitraum handelt — den Mitgliedern dieser Minderheiten und ihren Familien immer häufiger systematisch verweigert wird;

verurteilt die Fortdauer religiöser Verfolgungen, die ein Teil dieser systematischen Politik der Auslöschung kultureller Minderheiten sind;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. für die Rechte aller Menschen einzutreten, die aufgrund ihrer ethnischen, kulturellen oder religiösen Zugehörigkeit verfolgt werden;
2. die UdSSR nachdrücklich an ihre internationalen Verpflichtungen und insbesondere an die Bestimmungen des Paktes der Vereinten Nationen über politische und bürgerliche Rechte, vor allem Art. 1, 2, 26 und 27, zu erinnern;
3. für die Rechte der verfolgten nationalen und ethnischen Minderheiten und religiösen Gruppen einzutreten und die UdSSR an das Recht auf Selbstbestimmung gemäß Prinzip VII der Schlußakte von Helsinki zu erinnern;
4. unter allen Umständen die Freizügigkeit von Personen und Informationen zu fördern.

EntschlieÙung 114

über chemische Waffen

Die Versammlung

erinnert an ihre anläßlich der 26. Jahrestagung in Brüssel im November 1980 angenommene Empfehlung 73, die den Nordatlantikrat eindringlich aufforderte, unverzüglich Konsultationen über die Rolle der offensiven chemischen Kriegführung im Rahmen der NATO-Strategie durchzuführen;

ist sich bewußt, daß die Streitkräfte des Warschauer Pakts im Hinblick auf offensive und defensive Operationen im Bereich der chemischen Kriegführung besser ausgerüstet, besser strukturiert und besser ausgebildet sind als alle anderen Streitkräfte in der Welt;

ist bestürzt über die Berichte über den Einsatz chemischer Substanzen und Giftstoffe in Laos, Kambodscha und Afghanistan, die Anlaß zu einer Untersuchung unter Leitung der Vereinten Nationen gegeben haben;

stellt fest, daß die NATO eine sehr begrenzte Vergeltungsfähigkeit und unzureichende Schutzmittel im Bereich der chemischen Kriegführung besitzt;

vermerkt die Vorteile, die der Einsatz oder die Androhung des Einsatzes chemischer Waffen einem Aggressor unter diesen Umständen bieten könnte;

stellt besorgt fest, daß die Abschreckung vom Einsatz solcher Waffen hauptsächlich in der Androhung nuklearer Vergeltungsschläge besteht und daß damit eine Senkung der Nuklearschwelle droht;

ist sich der Verletzbarkeit der Streitkräfte der NATO aber auch der westeuropäischen Zivilbevölkerung bewußt, wenn die Abschreckung den Einsatz chemischer Waffen nicht verhindern könnte;

stellt fest, daß die chemischen Waffenbestände der Vereinigten Staaten sei 1969 nicht verbessert worden sind und daß der Kongreß im vergangenen Jahr 23,15 Mio. Dollar für den Bau von Anlagen und die Beschaffung von Gerät bewilligt hat, um die Produktion einer neuen Kategorie chemischer Waffen, der sogenannten binären Waffen, zu ermöglichen, die unter besseren Sicherheitsbedingungen gelagert und transportiert werden können als die vorhandenen Waffen;

stellt ferner fest, daß die tatsächliche Produktion binärer chemischer Waffen jedoch in den nächsten drei Jahren nicht aufgenommen werden kann und daß zur Herstellung solcher Waffen ein Beschluß des Präsidenten erforderlich ist, der bisher nicht erfolgt ist;

erkennt an, daß der Abschreckungs- und Vergeltungswert binärer chemischer Waffen geringer wäre, wenn sie nicht in Europa disloziert würden und daß deshalb ein Produktionsbeschluß der Vereinigten Staaten letztlich die Modernisierung der in Europa vorhandenen Waffenbestände durch die Einführung binärer chemischer Waffen implizieren könnte;

stellt besorgt fest, daß in den Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR über die Abrüstung chemischer Waffen seit dem Bericht, der den Vereinten Nationen im Jahre 1979 vorgelegt wurde, keine Fortschritte erzielt wurden, und ist sich bewußt, daß Fortschritte in diesem Bereich eine Einigung über wirksame Verifikationsmaßnahmen erfordern;

ist besorgt, daß ein Beschluß über die Modernisierung der amerikanischen chemischen Waffenbestände in Europa durch die Einführung binärer chemischer Munition zu heftigen Reaktionen in der europäischen Öffentlichkeit führen könnte, besonders angesichts der gegenwärtig in Europa bestehenden Empfindlichkeit in Kernwaffenfragen;

bedauert den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes chemischer Waffen;

begrüßt die von den Vereinten Nationen geleitete Untersuchung der Berichte über den Einsatz chemischer Waffen;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

— den Schutz ihrer Truppen gegen mögliche chemische Angriffe zu verbessern;

fordert erneute Anstrengungen im Hinblick auf Verhandlungen über ein vollständiges und überprüfbares Verbot der Produktion und des Besitzes von chemischen Kampfstoffen.

EntschlieÙung 115

über die Sicherheitspolitik des Bündnisses

Die Versammlung

betont, daß die Sicherheitspolitik des Westens, wenn sie glaubwürdig und lebensfähig sein soll, auf

einem politischen Konsens basieren muß, was Verständnis und Unterstützung durch die Öffentlichkeit erfordert;

ist besorgt, daß die gegenwärtige Rolle der Nuklearwaffen innerhalb der Strategie des Bündnisses von weiten Kreisen der Öffentlichkeit falsch beurteilt wird;

erkennt jedoch, daß der fortgesetzte Ausbau der sowjetischen Streitkräfte für die Sicherheit der Mitgliedstaaten des Bündnisses eine anhaltende Bedrohung darstellt;

betont, daß für die Sicherheit des Westens die Aufrechterhaltung ausreichender Verteidigungskapazitäten erforderlich ist, um durch ein glaubwürdiges Gleichgewicht der Kräfte die Abschreckung zu gewährleisten;

ist überzeugt, daß die Mitglieder des Bündnisses auch weiterhin ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen und die notwendigen Verbesserungen vornehmen müssen, um dieses Gleichgewicht aufrechtzuerhalten;

erkennt an, daß die Sicherheit nicht allein auf militärischen Fähigkeiten beruhen kann und daß Stabilität auch durch Rüstungskontrollverhandlungen erreicht werden muß;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. ihre Verpflichtung zu einer Politik der Verteidigung und Entspannung erneut zu bekräftigen;
2. die zur Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Abschreckungskraft des Bündnisses notwendigen Mittel bereitzustellen;
3. dem dringenden Erfordernis, der öffentlichen Meinung die wesentlichen Elemente der Sicherheitspolitik des Bündnisses besser verständlich zu machen, besondere Beachtung zu schenken.

Entschlieung 116

ber Entwicklungen in Polen

die Versammlung

erkennt das Recht des polnischen Volkes auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen an;

ist besorgt über die Versuche der Sowjets durch Manöver in und um Polen und durch die Medien Druck auf Polen auszuüben;

erinnert an die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki, insbesondere Prinzip II, das die Unterzeichner dazu verpflichtet, von der Androhung und Anwendung von Gewalt abzusehen;

betont, daß jegliche sowjetische Militärintervention oder die Androhung einer solchen Intervention eine Verletzung der Schlußakte von Helsinki darstellen würde, zu einer massiven Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen beitragen und die Spannungen weiter erhöhen würde;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. die Entwicklungen in Polen weiterhin aufmerksam zu verfolgen;
2. die sowjetische Führung nachdrücklich und immer wieder an die Bedeutung der Nichteinmischung in die Angelegenheiten Polens zu erinnern;
3. der polnischen Nation weiterhin humanitäre und wirtschaftliche Hilfe zu leisten;

fordert die sowjetische Führung dringend auf, davon abzusehen, Druck auf Polen auszuüben, und das Recht der polnischen Nation auf Selbstbestimmung zu achten.

Entschlieung 117

ber Afghanistan

Die Versammlung

stellt mit Besorgnis fest, daß die Sowjetunion weiterhin die Souveränität Afghanistans und das Recht seines Volkes auf Selbstbestimmung verletzt und daß die durch den Krieg verursachten Zerstörungen und Verluste an Menschenleben weiter zunehmen;

vermerkt, daß die sowjetische Invasion und Besetzung Afghanistans zu einer ernsthaften Verschlechterung der internationalen Beziehungen im allgemeinen und der Ost-West-Beziehungen im besonderen geführt haben;

unterstreicht, daß eine generelle Verbesserung der Ost-West-Beziehungen erst erfolgen kann, wenn die sowjetischen Truppen aus Afghanistan zurückgezogen worden sind und das afghanische Volk sein Recht auf Selbstbestimmung wiedererlangt hat;

ist sich voll bewußt, in welchem Maße die sowjetische Invasion zu einer Destabilisierung in der Golfregion und in Südwestasien geführt hat;

ist besorgt über die fortgesetzte sowjetische Weigerung, Vorschläge über eine politische Lösung ernsthaft in Betracht zu ziehen;

erinnert an ihre beiden Entschließungen über Afghanistan (Entschließungen 96 und 106), die sie 1980 angenommen hat;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. in ihrer Unterstützung der Rechte des afghanischen Volkes weiterhin fest und geeint zu bleiben;
2. gegenüber der sowjetischen Führung immer wieder zum Ausdruck zu bringen, daß sie die Invasion und Besetzung Afghanistans sowie die Verletzung der Rechte des afghanischen Volkes verurteilen;
3. die Sowjetunion weiterhin zu drängen, eine politische Lösung zu akzeptieren, die die Rechte des afghanischen Volkes respektiert;

fordert die Sowjetunion auf:

- ihre Truppen aus Afghanistan entsprechend der Entschlieung der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Januar 1980 abzuziehen und eine friedliche politische Regelung der inneren Angelegenheiten Afghanistans nicht länger zu behindern.

Entschlieung 118

ber die Ermordung Präsident Sadats

Die Versammlung

verurteilt aufs schärfste die brutale Ermordung des ägyptischen Staatspräsidenten Anwar el Sadat;

erkennt den herausragenden und mutigen Beitrag an, den Präsident Sadat für den Frieden zwischen Israel und Ägypten geleistet hat;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

- alles zu tun, um eine gerechte und friedliche Regelung im Nahen Osten in Übereinstimmung mit den Abkommen von Camp David und der einmütigen Erklärung der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten von Venedig zu erleichtern.

Entschlieung 119

ber das Erfordernis verstrakter Forschung im Hinblick auf die Auswirkungen von Mikrowellenstrahlung

Die Versammlung

stellt fest, daß die Benutzung von Geräten mit unterschiedlich starker Mikrowellenstrahlung im militärischen, industriellen, medizinischen und Haushaltsbereich stark zugenommen hat;

betont ihre Besorgnis, daß in den Bündnisländern nicht nur überzeugende Forschungsarbeiten fehlten, sondern auch erhebliche Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf das Ausmaß der Gesundheitsgefährdung durch Mikrowellenstrahlen bestehen;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. umfassende Forschungsprogramme über die thermischen und nicht-thermischen Auswirkungen langfristiger schwacher Mikrowellenstrahlung in die Wege zu leiten;
2. unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Forschungsarbeiten Hchstemissionswerte für Geräte mit Mikrowellenstrahlung gesetzlich festzulegen, damit die öffentliche Gesundheit angemessen geschtzt wird.

Entschlieung 120

ber Nuklearwaffen in Europa

Die Versammlung

weist auf die weitreichende Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 hin, der zum Ziel hat:

- die NATO-Strategie der flexiblen Reaktion durch eine sichtbare „Koppelung“ des amerikanischen strategischen Abschreckungspotentials und der europäischen Verteidigung zu stärken;
- eine dringend erforderliche Reaktion auf die Modernisierung und Expansion der sowjetischen TNF großer Reichweite (LRTNF) sicherzustellen;
- eine stndige Begrenzung der LRTNF durch Rüstungskontrollverhandlungen zu erleichtern;
- den politischen Zusammenhalt und die politische Solidarität des Bündnisses bei der Teilung des Risikos zu demonstrieren;

begrüßt die Entschlossenheit der Regierungen der Mitgliedsländer, den Konsens, auf dem der Doppelbeschluß vom 12. Dezember gründet, aufrechtzuerhalten;

stellt fest, daß die Dislozierung der SS-20 über das 1979 geschtzte Niveau hinaus fortgesetzt wird, betont jedoch, daß die Anzahl der für die NATO erforderlichen LRTNF nicht direkt vom Streitkrfteniveau der Sowjetunion abhängen sollte;

nimmt die jüngste Bewertung der Bedrohung zur Kenntnis, die die hochrangige Gruppe (HLG) angesichts des Umfangs und Tempos der Dislozierung von SS-20 und der Modernisierung aller Kategorien von TNF der Sowjetunion vorgenommen hat;

begrüßt die Ankündigung, daß am 30. November 1981 zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion Verhandlungen über LRTNF aufgenommen werden;

vertritt die Ansicht, daß es unverzichtbar ist, an der Verpflichtung zur Modernisierung festzuhalten, wenn bei der Rüstungskontrolle echte Fortschritte erzielt werden sollen;

betont, daß Begrenzungen von LRTNF nur dann Stabilität gewährleisten, wenn sie im Rahmen von Begrenzungen zentraler strategischer Systeme verwirklicht werden;

erkennt an, daß die „Nulloption“, d. h. der beiderseitige Verzicht auf die Komponente der landgestützten Raketen der LRTNF, so schwierig ihre Verwirklichung auch sein mag, ein ausgezeichnetes Verhandlungsziel darstellt;

ist besorgt, daß Unklarheiten bestehen über a) die Beziehung zwischen Modernisierung und Rüstungskontrolle, b) die genaue Zielsetzung der LRTNF-Verhandlungen und c) ber die Frage, inwieweit die Dislozierungen der NATO von sowjetischen Aktionen und den Ergebnissen der Rüstungskontrollverhandlungen abhängen;

ist besorgt, daß der wachsende Widerstand in mehreren europäischen Ländern gegen den NATO-Doppelbeschluß die Verhandlungsposition der NATO und den Zusammenhalt des Bündnisses schwächen und damit in unbeabsichtigter Weise den Zielen der Sowjetunion dienen könnte;

fordert die Regierungen der Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Bündnisses dringend auf:

1. den beiden Zielen der Modernisierung und Rüstungskontrolle weiterhin gleiches Gewicht zu verleihen;
2. bei den Rüstungskontrollverhandlungen über LRTNF eine einheitliche Position der Bündnispartner zu entwickeln und beizubehalten;

3. gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um die Öffentlichkeit in ihren Ländern davon zu überzeugen, daß der Doppelbeschluß eine Strategie zur Erzielung militärischer Stabilität und zur Erhaltung des Friedens in Europa darstellt;

fordert die Regierung der Vereinigten Staaten dringend auf:

1. mit ihren Bündnispartnern Konsultationen über eine Begrenzung der LRTNF sowie über zukünftige Erfordernisse der TNF-Modernisierung fortzusetzen;
2. wie geplant mit der Sowjetunion rasch in Verhandlungen über die Begrenzung und Verminderung strategischer Kernwaffen einzutreten.

